

Gübeder Volksbote.

Organ für die Interessen der werthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Übeder Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu begießen. Preis vierteljährlich Mr. 1,60. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, S. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vergrößerte Zeitung oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittag in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 70.

Donnerstag, den 24. März 1898

5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Abonnement-S-Einladung.

Das neue Jahrsviertel steht vor der Thür, der Heitabschnitt, in dem einer der schwersten und bedeutungsvollsten politischen Kämpfe aufgesuchten werden soll. Die

Reichstagswahlen

werden Millionen deutscher Männer, deutscher Familien in sieberhafter Aufregung versetzen und das Interesse an den Tagesfragen, an der Politik in eminentem Maße erhöhen.

Einen gewaltigen Einfluss auf die Entwicklung unseres politischen Lebens hat

die Presse

aus, ihre Bedeutung wächst in bedeutsamen Stunden.

Welches Blatt soll da die werthätige Bevölkerung, der Arbeiter, der Kleingewerbetreibende und Händler, der Tagelöhner und der Bauer lesen?

Etwas die Zeitungen, welche direkt oder indirekt die Interessen ihres städtisch- und erbaumerkloren Gegner, des Großkapitals, vertreten und täglich die Interessen der Armen und Bedürfteten mit Füßen treten?

Oder die Zeitungen, die unter dem Eigentum der Partei, losigkeit Prosite einzuhülfen suchen und nebenbei doch mehr oder minder offen die Geschäfte der Volksgegner besorgen?

Wer diese Presse unterstützt, schneidet in sein eigenes Fleisch, indem er indirekt dem Gegner Waffen in die Hand drückt.

Einen aufrichtigen, ehrlichen und unerschrockenen Vertheidiger ihrer Interessen finden all jene Klostklassen einzigt in der

Arbeiterpresse,

und diese hochzuhalten, müssen sie sich zur heiligsten Pflicht machen.

„Übeder Volksbote“

wird in diesem Jahre zu entscheidender Stunde Zweck dastehen, dass er im Kampfe für das Volles Rechte auf dem Posten ist. Er wird bemüht sein, die Feuerzüge des Wahlkampfes in Ehren und glücklich zu bestehen. Hat er doch schon manches schwere Ungemach frohgemuth überstanden. Er wird dem Volle die Waffen liefern gegen den Feind, er wird selbst zügig dreinschlagen, wenn die Feinde anstreiken.

Die politischen Tagesfragen

wird er mit freimüthiger Kritik vom Standpunkt der sozialdemokratischen Partei behandeln. Ein anerkannt vorzüglicher, ausführlicher

Reichstagsbericht

wird den Leser über die Vorgänge im Parlament, die von Tag zu Tag an Bedeutung gewinnen, orientieren. Den

lokalen Ereignissen

wird nach wie vor ein weiter Raum und scharfe Aufmerksamkeit geschenkt werden. Wir hoffen, das Einverständniß des Publikums zu haben, wenn wir dies nicht im Sinne eines Klatschblattes, sondern der Würde eines für denkende Menschen berechneten politischen Blattes angemessen ausführen. Die

auswärtige Berichterstattung

kommt durch Gewinnung geeigneter Korrespondenten besser gestaltet werden.

Wesentliches und Unterhalteutes wird der „Volksbote“ nach wie vor in guter Auswahl bringen.

Im Feuilleton werben wir am 1. April mit dem Abdruck eines trefflichen, großen, historischen Romans

Der Jude

von

Spindler

beginnen, welcher sicherlich den Beifall der Leser und Leserinnen finden wird.

Neugierigst und kampfeslustig tritt das Blatt der werthätigen Bevölkerung von Übbecke und Umgegend auf den Plan; mögen ihm in

neuen Freunden, neuen Helfern erstehten.

Der Bezugspreis einschließlich

„Neue Welt“

ist der alte:

Vierteljährlich 1,60 M., monatlich 55 Pf.

Auswärtige Leser haben bei Überbringung durch die Post 40 Pf. Bestellgebühr pro Quartal zu zahlen, welcher Betrag gegen Vorzeigung der Postquittung baar oder in Form lehrender Broschüren zurückgestattet wird.

Die Quartalsquittung berechtigt gleichzeitig zu einem Insert von 4 Zeilen.

Unsere Parteigenossen bitten wir schließlich, in ihrem Eifer, uns neue Leiter zuzuführen, nicht zu erlahmen. Was ihnen ihr Blatt bedeutet, haben sie aus gegnerischem Munde bereits vernommen. Mögen sie zeigen, daß sie die Bedeutung zu würdigen verstehen.

Redaktion und Verlag des „Übeder Volksboden.“

Aus der Zeit des „Gesindels“.

A. K. Als am verflossenen Sonnabend die Güter der Arbeiterschaft zu Ehren des „Märzgesindels“ sich versammelte, wurde von einem Genossen auch ein Altersstück verlesen, welches verdient, einmal wieder veröffentlicht zu werden. Wirst es doch auf die damaligen Zustände ein gac helles Licht und liefert den Beweis, wie weit die Junkerparslamentarier im Reichstage vorbeischossen, als ob die Volksvertragschäften von 48 als ein Geschenk der Monarchie — natürlich empfangen „ohne all Verdienst und Würdigkeit“ — hinzustellen beliebten. — Es lautet:

Nachsthende, zur Zeit freilich noch nicht zur Publikation für das Fürstenthum bestimmte, landesherrliche Bekanntmachung bleibt sich die Regierung wegen der darin enthaltenen ehrlichen Ausführungen, welche auch das Fürstenthum sich aneignen darf, durch diesen Abdruck dem gehörigen Publikum mitzuteilen:

Landesherrliche Bekanntmachung.

Allen getreuen Einwohnern des Herzogthums Oldenburg und der Herrschaft Jever Melinen freundlichen Gruß.

Nach der Erlassung des Gesetzes vom 10. d. Ms., wodurch die Berathung des Grundgesetzes über eine landständische Verfassung für das Großherzogthum Oldenburg mit frei gewählten Abgeordneten des Landes bestimmt ist, sind aus vielen Theilen derselben Mir Vorstellungen über erreicht, welche theils die Grundzüge des landständischen Verfassungs-Werks zum Gegenstande haben, theils sonstige Wünsche ausdrücken, deren Erfüllung meine getreuen Untertanen für das Wohl des Landes zuträglich halten.

Zur Verwollständigung und Erläuterung der auf jene Vorstellungen abgegebenen vorläufigen Erklärungen will Ich das Nachstehende verständigen, damit das ganze Land erfahre, daß mein Wunsche und Meine Absichten das gemeinschaftliche Ziel haben, die gegenseitigen Vande der Liebe und des Vertrauens zwischen Fürst und Volk zu festigen, und den allgemeinen Rechtszustand durch die standische Verfassung auf solchen Grundlagen neu zu erbauen, wie sie die Entwicklung in der Zeit fordert. Die Errichtung jenes Ziels — darin stimmen wie Alle überein — ist die Bedingung auch derjenigen öffentlichen Einrichtungen, deren Förderung und Einführung den weiter schaffenden Ereignissen gegenüber allein geeignet ist, die Hoffnung auf eine glückliche Zukunft zu begründen.

In dem Entwurf des Grundgesetzes über die landständische Verfassung, welcher nicht allein den einzubehauptenden 34 Abgeordneten offiziell mitgetheilt werden, sondern auch vorher zeitig zur Kenntniß des Publikums gelangen soll, wird ausgesprochen werden, daß kein Gesetz anders erlassen, abgeändert, authentisch erklärt oder aufgehoben werden kann, als wenn und nachdem dazu die Stände ihre Zustimmung ertheilt haben.

Dasselbe gilt nach dem Entwurf von der Billigung neuer Steuern und der Aufnahme von Anleihen, unter regelmäßiger Vorlegung des Budgets der Staats-Einnahmen und Staats-Ausgaben auf jedem Landtage, und unter der Controle des Staatshaushalts von Seiten der Stände.

Die Landstände werden einen gemeinschaftlichen Versammlung bilden, und sind berufen, die Interessen aller ihrer Mitbürger zu vertreten.

Die Wählbarkeit zu Abgeordneten ist nicht an das Vermögen oder Grundbesitz, nicht an Geburt und Religion, nicht an den Wohnsitz im Wahlbezirk gebunden.

Die Offenheitheit der Versammlungen der Landstände ist von dem Beschlüsse des ersten Landtages abhängig gemacht.

Durch die Contrafaktur der Gesetze und landesherrlichen Verfassungen an die Landesbehörden wird dem contrasignirenden Mitgliede des Staats- und Cabinets-Ministeriums die Verantwortlichkeit dafür auferlegt, daß jene Gesetze und Verfassungen den Landes-Gesetzen und insbesondere dem Grundgesetze nicht widersprechen.

Die Stände haben das Recht der Anklage gegen Staatsdiener, insbesondere auch wegen Verleumdung des Grundgesetzes, vor dem Gerichte.

Wegen des Domianialvermögens wird den 34 Abgeordneten nähere Mittheilung gemacht und mit den Ständen, wie ich nicht zweifle, eine Vereinigung erreicht werden.

Ein den Gemeinden eine freie Bewegung sichernde neue Gemeindeordnung soll dem ersten Landtage vorgelegt und die völlige Ablösung der noch bestehenden bürgerlichen Lasten durch ein Gesetz unverzüglich vorbereitet werden.

Die weiteren Wünsche der getreuen Einwohner des Herzogthums Oldenburg und der Herrschaft Jever werden in der Versammlung der 34 Abgeordneten zur Berathung kommen. Diese Versammlung soll in möglichst kurzer Frist und spätestens in der zweiten Hälfte des nächsten Monats stattfinden. Von den Berathungen behielten wird das Publikum durch den Druck der dabei aufgenommenen Protokolle in fortgesetzter Kenntniß erhalten werden.

Ich vertraue zu dem treuen und braven Sinne Meiner Oldenburger, und zu der so oft von ihnen bewährten Anhänglichkeit an Meine Person, daß sie nunmehr die nahe Veröffentlichung des Entwurfs des Grundgesetzes abwarten, um darnach zu messen, zu welchen weiteren Anträgen sie die 34 Abgeordneten, die Männer ihrer Wahl, zu veranlassen für zweckmäßig halten. Mögen sie in freien Volksversammlungen ungehindert, so lange daraus nicht Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung hervorgehen, die vaterländischen Angelegenheiten berathen.

Die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung kann allein die Gefahren, von denen das gemeinwohliche Vaterland bedroht ist, von den Grenzen des Herzogthums abwenden. Dazu noch Kräften mitzuwirken, werden alle Wohlgesinnte sich aufgerufen fühlen, und wo — was Gott verhüten wolle! — der Frieden in Stadt und Land gebrochen werden sollte, da wird jeder wahrhafte Bürger den Beruf in sich tragen, der Bewahrung sich anzuschließen, welche jeder Gemeinde von jetzt an gern gestattet sein soll.

Aber der Frieden nach Althen macht die wünschenswerthe Veränderung des stehenden Heeres möglich; nur der Frieden im Innern nährt die Hoffnung auf eine nahe glückliche Entwicklung der öffentlichen Zustände des Landes; nur der Frieden sichert den Gemüthen zur Aufführung einer neuen Bundesverfassung Erfolg, gegründet auf eine Vertretung des Volkes in den deutschen gemeinsamen Vngelegenheiten, zu deren Erreichung Ich aus voller Überzeugung von ihrer unabwendlichen Nothwendigkeit nach Kräften mitzuwirken bereit bin und mich bereit erklärt habe.

Vertrauet Mir, wie Ich Euch vertraue! Dann wird aus den Sorgen der Zeit dem Lande eine glückliche Zukunft erblühen.

Oldenburg, den 18. März 1848.

August.

Die Regierung darf gewiss hoffen, durch diese Mittheilung bei Allen, die sie lesen werden, diejenigen Empfindungen hervorzurufen, unter welchen es leichter wird, in ruhiger Fassung der weiteren Entwicklung dieser ersten Zeit vertrauensvoll entgegenzusehen, die Empfindungen der Freude und des Dankes gegen unsern alverehrten Großherzog.

Entschieden, den 24. März 1848.

Große.

Hier haben wir eine hübsche Probe auf das Exempel von den „freiwilligen Geschenken“ der mildherzigen Fürsten von 1848. Aus jeder Seite lacht uns eine ganz ungewohnte Aehlung vor dem „beschrankten Unterthanenverstand“ entgegen, spricht eine Anerkennung der Souveränität des Volkes, die man heute in ähnlichen Kundgebungen vergebens suchen wird.

Wie sehr muß doch den Dienern ihres Herrn, den Ministern vor ernsteren Dingen gegrüßt haben, daß sie einen Erlaß des Fürsten, der noch garnicht zur Veröffentlichung bestimmt, also, um im heutigen Regierungssargen zu reden, noch „gehei“ war, sportstreichs publizierten, ja zu publizieren sich „bereiten“! So prompt arbeiten in diesem Fache heute jedenfalls nur noch sozialdemokratische Zeitungen.

Und welche — man möchte sagen gescheide — Würdigung der Thatsachen und Ereignisse in diesem am Tage des heißesten Revolutionskampfes verfaßten fürstlichen Edikte!

Wuth ohne Grenzen muß doch unsere Jünger packen, wenn sie aus allerhöchstem Munde vernehmen von den „welterschütternden“ Ereignissen, die nach ihrer hochwohlweisen Ansicht nichts weiter waren, als wüstes Randaliren „ausländischen, fremden Gesindels“! Entsezt müssen sie doch stöhnen, wenn sie vernehmen, daß ein deutscher Bundesfürst im „tollen Jahre“ voll überzeugt war von der unabweislichen Nothwendigkeit der Gesindelbestrebungen und bereit war, ja, sich bereit erklärt, zu ihrer Errichtung nach Kräften mitzuwirken.

Und wie muß es gar einem waschechten Vertreter der „Ordnung“ des Flottenföllerjahrzehnts zu Muthe werden, wenn er das Fürsteum vor, das deutsche Fürstentum sieht von der „wünschenswerten“ Verminderung des stehenden Heeres!

Bronhart von Schellendorf, verbrenne Deine Sprüche! Die Abtragung des letzten Vollwerks des Gott und sonst nichts fürchtenden deutschen Klassenstaats bezeichnete ein oldenburgischer Großherzog als wünschenswert.

Heiliges Schoßschwereoth! Da redet man doch am Ende des Jahrhunderts der „Conseil“ gegenüber eine andere Sprache, heute springt man mit dem „Gesindel“ anders um.

Doch, was wollen wir? Damals war ja die Zeit der „freiwilligen Geschenke“, und heute — — — ?

Politische Mundschau.

Deutschland.

Sozialdemokratische Anträge zum Flottengesetz. Zu der Gesetzesvorlage betr. die deutsche Flotte, wie sie aus den Berathungen der Budgetkommission hervorgegangen ist, hat die sozialdemokratische Fraktion folgende Anträge eingereicht:

Der Reichstag wolle beschließen:

Anstatt des § 8 der Kommissionsvorlage folgendem Paragraphen seine Zustimmung zu geben:

S. 8.

Somit die Summen der fortduernden und einmaligen Ausgaben der Marineverwaltung für ein Rechnungsjahr der

Betrag von 117 525 494 Ml. übersteigt, ist der Mehrbetrag vom 1. April 1899 ab auf dem Wege einer progressiven Reichs-Einkommensteuer aufzubringen, welcher diejenigen unterworfen sind, die ein jährliches Einkommen von mehr als 6000 Ml. beziehen.

Die Normierung der Steuer erfolgen durch ein besonderes Gesetz.

S. 9.

Übersteigen die eigenen Einnahmen des Reiches die Ausgaben, so ist der Überschuss zurückerhalten und hergestellt zu verwenden, daß ein Viertel dieses Überschusses zur Verminderung der Reichsschuld, der Rest zur Herabsetzung bzw. Aushebung indirekter Reichssteuern, in erster Linie der Salzsteuer und der Verbrauchsabgabe für Bütter verwendet wird.

Die Verminderung der Reichsschuld erfolgt durch entsprechende Abhebung vom Kultushof. Soweit gelegnete Anteile nicht mehr offen stehen, wird über die Art der Schuldenabtägung durch den Reichshaushalt-Etat Bestimmung getroffen.

Die Herabsetzung bzw. Aushebung indirekter Reichssteuern erfolgt durch besonderes Gesetz.

Durch diese Anträge soll Sicherheit gegeben werden, daß die über die Höhe der bisher höchsten Jahresausgabe neu erwachsenden Kosten für die Marine nicht wiederum den arbeitenden Klassen aufgelegt werden. Es soll sich endgültig erweisen, ob die Parteien und die Klassen, die sich Monate hindurch im tollsten Flottenenthusiasmus berauschten, welche eine Ablehnung des Gesetzes oder eine Vernachlässigung der wichtigsten vaterländischen Interessen ausgaben, ob sie wirklich lieber das Gesetz fallen lassen werden oder daß sie selbst, die Besitzenden und Reichen, die Kosten tragen wollen. Die Vertreter der Konservativen in der Budgetkommission haben ja bekanntlich verartige patriotische Absichten bereits offen kund gegeben.

Der Unterschied der sozialdemokratischen Anträge gegenüber dem Antrage Bennigsen-Lieber zur Deckungsfrage, den die Budgetkommission angenommen hat, liegt klar zu Tage. Der nationalliberale Zentrumsauftrag bezieht sich nur auf den Fall, daß die dem Reich zufließenden Einnahmen die zu erwartende Erhöhung des Staats über 117½ Millionen nicht zu decken vermögen. Der sozialdemokratische Antrag trifft dagegen jede Erhöhung des Marine-Staats über jene Summe hinaus und will den Überschuß von den dem Reich zufließenden Einnahmen zur Verminderung der Reichsschuld und zur Herabsetzung oder Beseitigung besonders drückender indirekter Steuern wie die Salzsteuer benutzt wissen.

Dazu kommt, daß nach dem Antrage Bennigsen-Lieber, selbst wenn die Reichs-Einnahmen nicht mehr zu reichen sollten, auch dann noch nicht die Mehrkosten durch die wohlhabenden Kreise aufgebracht werden sollen, sondern lediglich „den Massenverbrauch belastende indirekte Reichssteuern“ ausgeschlossen bleiben sollen.

Der Antrag Bennigsen-Lieber bildet daher lediglich einen Versuch, die Bevölkerung über die Thatsache hinwegzutäuschen, daß alle Kosten des neuen Flottenprogrammes, wie schon alle bisherigen Militär- und Marineslasten, vom arbeitenden Volke getragen werden sollen.

Die sozialdemokratischen Anträge werden dieses schmähliche Werk der volksfeindlichen Parteien, von den Konservativen bis zum Zentrum und den Herren der freien Sinnen Vereinigung, in's Helle Licht stellen.

Zentrum und Wahlrecht. Nach dem „Bayr. Blb.“ soll sich der Zentrumskandidat für den Reichstagswahlkreis Straubing, Landgerichtsrath Söldner, auf einer Bauernbundsversammlung im Regenstauf gegen das allgemeine direkte Wahlrecht erklärt haben. Diesen Standpunkt hat auch seiner Zeit die „Bdsh. Blb.“ vertreten, die als Organ Söldners gelten kann. Also auch das Zentrum wird schon von der Feindschaft gegen das Wahlrecht angefressen? Das würde sehr zu beachten sein!

Herr v. Bennigsen und der 18. März 1848. Bei der Reichstagsdebatte über den 18. März konnte es sich auch Herr v. Bennigsen nicht versagen, zu betonen, daß der 18. März nicht den geringsten Einfluß gehabt habe, ja, daß er nur verhängnisvoll und störend gewesen sei. Die Erinnerung, auf die er stolz sei, sei das Parlament in Frankfurt. Diesen historischen Ausführungen wollen wir einige Sätze entgegen setzen, welche Max Lenz, ordentlicher Professor der Geschichte an der Berliner Universität, in einem Artikel über das Jahr 1848 im März-Heft der „Preußischen Jahrbücher“ schreibt; er betont vorsichtig, daß er nicht gerade behaupten wolle, daß der Berliner Strafkampf unbedingt notwendig gewesen sei, und fährt fort:

„Aber die Idee, für welche sich das hunte Heer der Revolution, Bösen und Arbeiter, Spießbürgert und Studenten, hinter den Barricaden schaute, war dennoch die Basis auch des Frankfurter Reichstages.“

Das war der Sinn der Leichensfeier und der tausendfachen Kundgebungen der Sympathie, welche in allen Schichten der Berliner Bevölkerung den unglücklichen Opfern des Kampfes dargebracht wurden. Sie hatten nur an das letzte Recht, an die ultima ratio des Herrscherwillens der Nation appelliert, der auch in dem Verfassungswerte der Paulskirche und seinen meisten Paragraphen, sammelt denjenigen von der Kaiserkrone, zum Ausdruck gebracht wurde.

Denn nur durch den Druck und Stoß der Revolution, durch die Übermacht des allgemeinen Willens konnte der Stein in's Rollen gebracht und die Regierungen für die Reformen und die Einigung der Nation gewonnen werden. Niemals hätte Friedrich Wilhelm IV. aus freien Stücken in die konstitutionellen Forderungen gewilligt.“

Mankorb her! Das ist der Ruf, zu dem die jungerliche Wuth über die Reichstagsdebatte vom 18. März schließlich gelangt. Die „Kreuzzeitung“ schreibt: „Die Mängel der Geschäftsausordnung traten dabei wieder einmal grell zu Tage. Der Empörung des Hauses konnte nur durch einen zahmen Ordnungsruf Ausdruck gegeben werden; ein wirkameres Mittel, um vergleichen zu verhüten, gibt es nicht, und nach den zu Ende 1894 gemachten Erfahrungen ist an eine Verständigung

hier schärfere Bestimmungen gar nicht zu denken. In diesem Punkt steht der deutsche Reichstag hinter anderen Parlamenten leider noch weit zurück.“ — Das hätte zur Ablösung der Halbjahrhunderfeier blos noch gefehlt, daß man Abgeordnete, die den Opfern von 1848 ihre Huldigung in der manhaftesten Form darbringen, aus dem durch jene Opfer mit ernöglichen Reichsparlament zwangsweise und gerade am 18. März entfernt, um ihnen die Möglichkeit freiester Meinungsäußerung abzuschneiden! Auch hier wird uns ein Wink zu Theil, wo hin die Junker uns politisch bringen möchten!

Ein Nachtragsetat für Riautschau ist dem Bundesrat zugegangen und den Ausschüssen überwiesen worden. Derselbe enthält die Geldforderung für Hofen- und Festungsanlagen usw. in Riautschau und blüste sich auf etwa 6 Millionen Mark belaufen.

Also die Kostenrechnung für die Chinapolitik wird aufgemacht. Aber es ist nur der Anfang. Dabei wird es nicht bleiben.

Mit dem Schreckgespenst des Freihandels haben die agrarischen Sammelpolitiker die schuhzöllnerischen Industriellen von der Unterzeichnung des Gegenaufrufs abzuhalten versucht. Aber dieses demagogische Monöber ist so durchsichtig, daß selbst leichsgläubige Nationalliberale darauf nicht hereinfallen. Die nationalliberalen „Münch. Neueste Nachricht“ fertigen den lächerlichen Versuch wie folgt ab:

„Leider denkt heute an eine Befestigung oder wesentliche Herabsetzung unserer Schuhzölle. Das Geprust des Freihandels herauszubauen, ist ein unglaubliches Unternehmen. Man nenne uns doch diesen Poltizer, die seine Lehren im sündigen Reichstag praktisch vertreten wollen. Wir wüssten keinen. Oder wäre es vielleicht Graf Bosadovitch, der die Nothwendigkeit der Exportindustrie jüngst so nachdrücklich betonte und ihr den Schutz des Reiches verlieh? Dagegen knüpft sich an die Namen vieler Sammlungspolitiker ein ganzes Programm, das zu seinen Bestandtheilen — um nur eines zu nennen — die Monopolisierung des Getreidehandels zu Gunsten einer einzelnen Bevölkerungs- und Erwerbsklasse erstrebt. Den Landwirten soll auf Kosten der gesammten Steuerzahler eine „mittlere Grundrente“ geschafft werden, die sie unabhängig macht von den Konjunkturen des Marktes. Das Gesetz von der Preisgestaltung durch Angebot und Nachfrage, das das Einkommen des Großindustriellen und den Lohn des Arbeiters beherrscht, soll allein für die Landwirtschaft außer Kraft gesetzt werden. Dass es Leute giebt, die solche Wünsche hegen, ist begreiflich, denn der krasseste Selbstsucht ist, wenigstens in der Theorie, keine Grenze gesetzt. Dass aber solche Politiker ihr persönliches Interesse mit dem der gesamten Nation auf eine Stufe stellen und von einer Gefährdung des Gemeinwohls reden, sobald man den Auswüchsen solcher Begehrlichkeit entgegentritt, dazu gehört sich ein Wuth, den wir jedenfalls nicht als eine nationale Eigenthümlichkeit unseres Volkes bezeichnen möchten.“

Von den offiziösen „Berl. Polit. Nachr.“, die als Sprachrohr Miquels natürlich eifrig für die agrarische Sammelpolitik arbeiten, war gegen die Zentralstelle für die Vorbereitung der Handelsverträge der Vorwurf erhoben worden, bei dem Gegenaufrufe eine hervorragende Rolle gespielt zu haben, und zwar im Interesse des Freihandels. Dagegen erlässt deren Direktor Dr. Bosberg-Redow jetzt folgende Erklärung:

1) Es ist unrichtig, daß die von einer Anzahl Industrieller und Gewerbetreibender veröffentlichte, gegen den sogenannten „Wirtschaftlichen Aufruf“ gerichtete Erklärung, der sich auch die linksstehenden Parteien anschlossen haben, aus der Zentralstelle stammt. Die Zentralstelle steht dem sogenannten Sammlungsaufruhe eben so fern wie der gegenwärtigen Erklärung. Beweis hierfür ist, daß von den Mitgliedern der Zentralstelle sich die einen dem ersten, andere der letzteren angeschlossen haben. Die Zentralstelle steht jeder Parteipolitik fern.

2) Die Zentralstelle und ihre Vertretung zählt zu ihren Mitgliedern Verbände und Einzelmitglieder verschiedener wirtschaftspolitischer Richtungen; für alle ohne Unterschied leistet sie sachliche Arbeit, deren Ziel ist: die Exportfähigkeit der deutschen Industrie zu erhalten und zu vermehren.

3) Die Zentralstelle hat weder freihändlerische noch schuhzöllnerische Tendenzen. Sie hält einseitige Bestrebungen für ungeeignet als Urtalagen einer sachlichen Behandlung der Zollpolitik.

4) Die Zentralstelle steht in keinem Gegensatz zum „Wirtschaftlichen Aufruf“, sie ist vielmehr bestrebt, sachliche Arbeiten dieser Körperschaft zu fördern.

5) Die Leitung der Zentralstelle betrachtet es als ihre Aufgabe, auf eine günstige Gestaltung unserer Handelsvertragsverhältnisse zum Auslande hinzuwirken und zu diesem Zwecke bestehenden Gegensätze nach Möglichkeit auszugleichen.

Rindviehtransport aus Dänemark, Schweden und Norwegen. Der seit dem 1. März in Kraft getretene Beschluß des Bundesrates über die Behandlung des auf dem Seeweg aus Dänemark, Schweden und Norwegen eingeführten Rindviehs hat, wie das vorzusehen war, nahezu gleich einem Einfallrüberbot gewirkt. In den ersten zehn Tagen des Monats ist überhaupt nichts, und danach nur verschwindend wenig eingeführt worden. So viel bekannt, sind von den beteiligten Regierungen Verhandlungen mit der deutschen Regierung über eine Abänderung der Einfuhrbestimmungen eingeleitet worden.

Reichseinnahmen. In der Zeit vom 1. April 1897 bis zum Schlusse des Monats Februar 1898 sind im Deutschen Reich an Böllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern eingenommen worden: Bölle (403 789 395 Mark (+ 6 244 728 Ml.), Tabaksteuer 11 379 595 Mark (+ 238 842 Ml.), Zuckersteuer und Zusatz zu derselben 75 213 704 Mark (- 14 510 101 Mark), Salzsteuer 42 573 522 Ml., (+ 399 557 Ml.), Weißschrotbottich- und Branntweinmaterialsteuer 14 991 416 Ml. (+ 2 311 818 Mark), Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zusatz zu derselben 93 013 784 Ml. (- 437 111 Ml.), Brennsteuern 386 874 Ml. (- 278 973 Ml.), Brausteuern und Bergungsabgabe von Bier 26 833 066 Ml. (+ 1 135 932 Mark), Summe 668 181 356 Ml. (- 4 895 308 Ml.), Spielkartenstempel 1 294 421 Ml. (+ 17 688 Ml.).

Oesterreich-Ungarn.

Das Parlament tagt nun wieder. Wie lange es aber tagen wird, ob es überhaupt den fast unüberschaubaren großen Berathungsstoff ernstlich in Angriff nehmen wird, kann nicht gesagt werden. Die Ansichten für eine geistliche Wirksamkeit des Parlaments sind sehr geringe. Schon die Präsidentenwahl macht große Schwierigkeiten. Zwar haben Abrahamovicz und Kramarec auf ihre Wiederwahl verzichtet, aber ihr Witschuldiger im Präsidium, der ehemalige Vizepräsident, der Klerikale Fuchs, hat die Wahl als Präsident gegen den Wunsch der Führer seiner Partei, der katholischen Volkspartei, accepptiert. Infolge dessen haben die Führer dieser Partei, die Abg. Dipouli und Ballinger, ihre Stellen in der Fraktion und in der parlamentarischen Kommission der Rechten niedergelegt, und die Deutschnationalen verschiedener Richtungen bis zu den Großgrundbesitzern auf den ihnen angebotenen Sitzen im Präsidium verzichtet, ja selbst die Christlich-Sozialen haben den ihnen angebotenen Vizepräsidenten-Sitz abgelehnt müssen. Die Schönnerianer wollen es zur Obstruktion treiben und die deutsche Volkspartei, die den Einbruch der Schönnerianer in ihre Wahlkreise fürchtet, wird sich vielleicht der Obstruktion anschließen. Falls der Reichsrath nicht arbeitsfähig wird, will das Ministerium das Parlament nach wenigen Sitzungen wieder schließen. Jedenfalls wird nach der einstimmig beschlossenen Debatte über die Antrittsrede des neuen Ministerpräsidenten, die wir unten folgen lassen, eine Flut von Dringlichkeitsanträgen, so über die Versezung der Kabinette Badeni und Gauthier in Anklagezustand, aber die Aufhebung der Sprachenverordnungen u. s. w. folgen. Wenn da die Ausgleichsvorlagen und der Etat für das mit dem 1. Januar 1898 begonnene Geschäftsjahr, die dringliche Beschlußfassung über die Nothverordnungen des Kabinetts Gauthier folgen sollen, ist nicht abzusehen.

Der Sozialdemokratische Verband wird so wenig wie früher etwaige Versuche unterstützen, aus rein nationalchauvinistischen Gründen Obstruktion zu machen, wird aber mit aller Energie und mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen jeden Eingriff in die Rechte des Parlaments vorgehen und jede Bergewaltigung abwehren. Der Verband hat beschlossen, sofort einen Dringlichkeitsantrag einzubringen: es möge eine parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt werden, die das Zustandekommen der lex Falkenhayn und ihre Durchführung zu prüfen, die Verantwortlichkeit aller an der Verleugnung der Immunität Beteiligten festzustellen und binnen vier Wochen Bericht zu erstatten hat. Da die Schuld des Grafen Badeni auch ohne Untersuchung feststeht, wurde beschlossen, einen Anklage-Antrag gegen den Grafen Badeni wegen dieser Delikte einzubringen.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 22. März 1898.

Aus dem Reichstage. Es wird jetzt mit Eilzugs geschwindigkeit gearbeitet, da die Osterferien vor der Thür stehen. Heute wurden erst einige Rechnungssachen erledigt, dann wurde die Bundesratsverordnung betr. die Konzeßionierung von Augenschrotzähnen genehmigt, hierauf die Vorlage betr. die Dampfersubvention in dritter Lesung debattlos angenommen. Auch die Novelle zum Branntweinsteuergesetz, welche eine anderweitige Festsetzung des Gesamtcontingents für Brennereien enthält, wäre wohl debattlos angenommen worden, wenn nicht eine Resolution Förlster vorgelegen hätte, die ein Verbot des Auschanks von fuselhaltigem Branntwein befürwortete. Nachdem unser Genosse Wurm nachgewiesen hat, daß der Fusel an sich nicht schrecklicher sei, als der Spiritus, wurde die Novelle abgelehnt. Es folgte der Gesetzentwurf über die Entschädigung der im Wiederaufnahmeverfahren Freigesprochenen. Die Abstimmung über den § 1 war eine nomenklative. Das Haus war aber, wenn auch durch künstliche Hinausschiebung, beschlußfähig und § 1 wurde nach der Regierungsvorlage angenommen. Unsere Anträge, welche auch eine Entschädigung der unschuldig Inhaftierten bezweckten, wurden trotz allgemeiner Sympathie für dieselben abgelehnt. Morgen, Mittwoch: Flottenvorlage.

66. Sitzung.

Präsident v. Buol eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst einige Rechnungssachen. Bei den Rechnungen über den Haushalt der Schule gibt es von Kamerun und Togo sowie des südwest- und ostafrikanischen Schutzbereichs für 1892/93 bis 1896/97 bittet

Schall (Sc.) die Regierung, alles zu thun, um dem Verderben zu steuern, das durch die Einführung des Branntweins in die Kolonien veranlaßt werde.

Unterstaatssekretär v. Richthofen verspricht, Abhilfe zu verschaffen; es seien bereits internationale Verhandlungen über diese Frage eingeleitet worden.

Die Rechnungen werden darauf dem Antrag der Kommission entsprechend erledigt erklärt. Ebenso der Bericht der Rechnungskommission über den Bericht der Reichsschul-Kommission.

Die Verordnung des Bundesrates betr. die Aufnahme der Anlagen zur Herstellung von Gusstahlfängen mittels Augenschrotmühlen in das Verzeichnis der einer besondern Genehmigung bedürfenden Anlagen wird debattlos genehmigt.

Die Novelle zur Postdampferhubvention vorlage wird ebenfalls debattlos in dritter Lesung genehmigt. Gegen dieselbe stimmen die Sozialdemokraten und die Freisinnige Volkspartei.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzes betr. die anderweitige Festsetzung des Gesamtcontingents der Brennereien. Artikel I.—III. werden debattlos angenommen. Artikel IV. verlangt, daß für die Erhebung und Verwaltung der Brennsteuern vom 1. Oktober 1898 ab eine besondere Vergütung an die Einzelstaaten nicht gezahlt werde.

Hierzu liegt ein Antrag Auer und Gen. vor, der Reichstag sollte beschließen, die verbindeten Regierungen zu erzwingen, dem Reichstage ein Gesetz vorzulegen, durch das der nur bis auf Weiteres

nicht ein einziger Parteigenosse befindet, welcher eine unabhängige Stellung hat, um für unsere Sache zu wirken."

Lübecker Stadttheater.

Siegfried. Dritter Tag aus der Tetralogie „Der Ring des Nibelungen“ von Richard Wagner. „Ich hab's gewagt!“ die Aufführung dieses herrlichen, aber ungeheuer schwer zur Darstellung zu bringenden Musicals, — doch es ist gelungen, voll und ganz!“ sang Herr Director Erdmann-Tecüller mit Begeisterung folgen. Warum ist seine Zeit an unserer Bühne bald abgelaufen, in nächster Zeit wird er dem gesuchten Wunsche den Rücken lehnen; die großen Erfolge von „Rheingold“ und „Walküre“ lassen ihn jedoch nicht ruhen, kurz vor Thoreeschluss auch den folgenden Abschluß des Nibelungenringes, den „Siegfried“, zur Aufführung zu bringen. Hierdurch hat er sich ein dauerndes ehrenvolles Ansehen bei allen Freunden Wagnerischer Musik erworben. Nicht viele Städte von der Größe und Bedeutung unserer Waterstadt gehören den Vorzug, in ihren Mauern den Nibelungenring aufzuführen zu sehen. Welche Fülle von Schwierigkeiten und Hindernissen muß es da zu überwinden, wenn nur eine Bühne von der Geschäftigkeit der unsrigen zur Verfügung steht, in wahrhaft glänzender Weise ist es dem Herrn Regisseur Scherzer gelungen, seiner Ansprache gerecht zu werden. Alles war stimmungsvoll arrangiert und der Handlung angepaßt. Der Inhalt letzterer, die sich an die „Walküre“ anschließt, sei hier wiedergegeben: In einer Waldhöhle ist Siegfried von der sterbenden Siegmunde geboren. Der Zwerg Mime nimmt sich seiner an und zieht ihn auf, damit er den in einen Drachen verwandelten Riesen besiegt, der den Hort und Ring des Nibelungen besitzt. Wem soll Siegfried, welcher den Zwerg hat, verlangt von Vaterem, daß er ihm den Namen seiner Eltern angebe. Ungern versteht sich dieser hierzu; Siegfried erfährt auf diese Art auch seinen Namen und daß seine Mutter ihm als einziges Erbe die Stille des zerbrechenden Schwertes Nothung hinterließ. Den vielen Ver suchen Mimes gelang es aber nicht, die einzelnen Theile des Schwertes zusammenzufügen; er zeigt dasselbe Siegfried, und was ihm nicht möglich war, kann Vaterem; er schmiedet das Schwert neu. Nun zieht er aus, um den Drachen damit zu töten, von dem er das Füchten erlernen sollte; letzteres will Mime, da Wotan ihm, als Wanderer verkleidet, prophezeite, daß sein Leben und das des Fächer Demijenigen gehörten sollten, der sich niemals fürchtete. Nachdem der junge Held das Drachentungholm umgebracht, wird er durch einen Zusatz gewahr, daß Vateren, der sich mit dem Blute des Drachens benebt, plötzlich die Sprache der Vogel verliest. Auf Anrathen eines Waldvogels entwimmt nun er den Ring und den Tornhelm dem Hort. Mime, der ihn vergessen will, soll von seiner Hand. Jetzt folgt er dem Waldvogelchen, das ihn zum Walfürsels führt; nachdem er noch den ihm den Zugang verhöhrenden Wotan die Lanze zerstört, erweckt er die schlafende Brünhilde. Dieselbe wird sein liebendes Weib. — Das

Wagner sein Werk reich mit musikalischen Schönheiten ausgestattet hat, brauchen wir wohl kaum hinzuzufügen; vieles ist geradezu erhaben. Herr von Strauss, unser erster Kapellmeister, der schon so manches Werk zum Siege brachte, kann das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, das Musicaldrama in einer über das Mittelmaß weit hinausgehenden Weise uns vorgelebt zu haben. Seine sicherne Leitung ist es zu danken, daß urigend Entgleisungen vermieden. Den Jung-Siegfried wird Herr Hochstetter als eine seiner besten Rollen bezeichnet; schon die erste große Scene in der Walhöhle bewies gleich, daß er sich dem Geiste seiner ungeheuren Partie angepaßt hatte. Da war alles urwüchsige, überpendelnde Kraft. Auch sein Stimmmaterial erwies sich bei der Montag-Aufführung als vollständig ausreichend und ausgesprochen. Ihren Höhepunkt fand die vorzüschliche Darbietung im Duett mit Brünhilde. Daß es Herrn Hochstetter nicht an Beifallszeugnissen mangelt, wollen wir noch hinzufügen; auch Vocheir ließ es sich in reicher Fülle. Herr Erdmann-Tecüller als der heimtückische Zwerg Mime übertraf sich selbst. Es war alles wie aus einem Guß. Einzelheiten aus seiner Künstlerleistung wollen wir nicht hervorheben, da das nur das Maß abdrücken würde. Großartig in dramatischer und gesanglicher Beziehung war der Wanderer (Wotan) des Herrn Garan, der sich auf jeder ersten Bühne sehen lassen konnte. Besonders vorzüglich war die Brünhilde des Arl. Wachter. Einem stimmungsvollen Fächer bot Herr Wachter. Die übrigen Rollen waren durch Herrn Scherzer (Alfrich) sowie Frau Adelr-Hugonnet (Elinore des Walkürges) und Arl. Ullmann (Eda) hervorragend gut besetzt. Das Orchester zeigte wieder, daß es auch der größten Anforderung gewachsen ist und gebliebt demselben nicht zum Weinen unserer Volks. Die Aufführung des Werkes war eine Jubelrede und begeisterte. Schade, daß wir nicht in derselben Wallung wie den „Siegfried“ u. s. w. hier auch die „Götterdämmerung“ zu sehen bekommen. Das wäre wohl fast zu viel des Guten für uns Lübeder.

geschmack des Fleisches wurde bis Ursache zum Untergang des seltsamen Geschöpfes. Bald begann eine so systematische Verfolgung, daß seit 1768 kein einziges Vorleuthner mehr gelebt worden ist. Selbst in den Museen befinden sich nur zwei oberflächliche Beschreibungen von ihm.

Briefkasten.

Mit den illustrierten Märzzeitungen muß bis längste Freitag Abend überhaupt werden. Die Expedition des „L. B.“

Stadttheater. Morgen Donnerstag geht zum Benefiz für Herrn Kapellmeister Edmund v. Strauss die erste Wiederholung von R. Wagner's Musicaldrama „Siegfried“ in Szene. Wir wünschen dem Betreuer auch an dieser Stelle ein volles Haus als Lohn für seine verständnisreiche und schaffensfreudige Tätigkeit. Freitag gelangt eine Schauspielneuheit „Der Burggraf“ von E. Rabel und A. Voß zur Aufführung. Das Stück, welches in passender Form sehr interessante Fragen des modernen Lebens behandelt, ist in Berlin und anderen Großstädten mit großem Erfolg in Szene gegangen und hat den in der literarischen Welt allgemein bekannten Autoren viele ehrende Anerkennungen gebracht. Hierzu wird der drückliche Schwanz „Charley's Tante“ gegeben. Trotz dieser Doppelvorstellung gelten nur die einfachen Schauspielpreise.

Gierschau-Wiehmarkt.

Hamburg, 22. März

Der Schweinehaut, i. m. leicht ziemlich gut.
Zugeschaut wurden 1620 Stk. Preise: Versandswalzene, schwere
55-56 M., leichte 54-55 M., Kanen 46-52 M. und Herkel
54-55 M. pr. 100 Pf.

Der Kalbschuhhandel verlief gut.

Zugeschaut wurden 1150 Stk. Unverlaßt blieben — St.
Preise: Welle 92-103 M., geringere 65-80 M. pr. 100 Pf.

See-Berichte.

- D. „Burg“, Capt. Thiel, ist am 22. März von Pillau auf hier abgegangen.
- D. „Dania“, Capt. Schmalzfeldt, ist am 22. März in Libau eingetroffen.
- D. „Aegir“, Capt. Gößmann, ist am 22. März in Hungö eingetroffen.
- D. „Stadt Lübeck“, Capt. Krause, ist am 22. März in Danzig eingetroffen.
- D. „Venus“, Capt. Grothe, ist am 22. März in Rotterdam eingetroffen.

Keinste franz. Gierskartoffeln
Prima Magnum-bonum
Frühe Mosenkartoffeln zu Saat
empfohlen bestens und billig
Speckmann & Fischer,
Bedergrube 50.

H. Bülick

Lübeck, Breitestraße 52.

Empfohlt als sehr preiswürdig

Reinschmeidende Caffee

à Pf. 80, 70 u. 60 Pf.

Brück-Caffee

von den feinsten Sorten abgesiebt

à Pfund 50 Pf.

Stein schmiedt

ein jeder Berger Flohmarkt, welcher in
meinem Essig markiert wurde.

H. L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge.

Essigfabrik e. c., Fischergrube 61.

Hochreine, gelbstoßende

Magnum bonum-Gf- u. Blaukartoffeln

empfohlt billigst F. Behrens, Marlesgr. 35.

Hochreine Margarine Pf. 50 u. 60 Pf.

Prima weißes Schmalz Pf. 40 Pf.

Prima süße Pflanzen Pf. 20 u. 30 Pf.

Prima Ringäpfel Pf. 50 Pf.

empfohlt

G. Hamann, Gr. Gröpelgrube.

Getr. Zwiebelbeeren

Pfund 80 Pf.

Johs. Nagel, Engelsgrube 51.

Großer

Ausverkauf

sämtlicher Colonialwaren
zu herabgesetzten Preisen

wegen Verlegung des Geschäfts

nach dem neuen Laden.

Heinr. v. Hartz

Arnimstraße 24, Ecke Heinrichstraße.

Stadt-Theater.

Donnerstag: Außer Abonnement. Opernpreise.

Zum Benefiz für Herrn Kapellmeister

Edmund v. Strauss

Siegfried

Freitag: 115. Abonn. Vorstell. 1. Abth. Roth.

Doppel-Vorstellung bei einfachen Schauspielpreisen.

Zum 1. Male. Neuheit.

Der Gymnasialdirektor.

Schauspiel in 4 Akten von Zabel u. Alfred Bod.

Hierauf:

Charley's Tante.

Speise-Halle Hansa

Wienstraße 24. Mittagstisch v. 11½-2 U.

Donnerstag: Gerstengräber mit Plaumen, gebratene Leber, Kartoffeln, Sauce, Sauergröl.

Für jede Haushaltung
ist das geeignete Speisefett das
Mannheimer Palmin.

Palmin wird hergestellt aus dem in dem Markt ausgesuchter Cocosnüsse enthaltenen Fett, ist also ein vollständig unvermischt Pflanzenfett, welches wegen seines feinen Geschmacks zur Zubereitung der verschiedenen Speisen unbeschreibbar ist. Jede Hausfrau wird von dem Resultat eines Versuches mit **Palmin** überrascht und sehr zufrieden sein. Als reines Naturprodukt unterliegt **Palmin** nicht den Bestimmungen des Margarinegesetzes.

Erhältlich in Probaten zu 10 und 30 Pfennig und Pfund-Packeten zu 65 Pfennig bei:

Otto Baake, Butterhandlung „Zur Krone“, am Markt. G. Beth, Cronsforder Allee.

Johs. Breede, Dankwartsgrube. H. Hammer, Pfaffenstraße. Gustav

Maagard, Johannisstraße. L. Roeper, Königstraße. Rudolf Schmachtel.

Mühlensstr. J. H. Schwang, Burgstr. W. Johannsen, Moislinger Allee.

Lunge u. Hals.

Kräuter-Thee. Russ. Knöterich (*Polygonum avicinum*) ist ein vorzügliches Heilmittel bei allen Erkrankungen der Luftwege. Dieses durch seine wirkenden Eigenschaften bekannte Kraut gedeiht in einzelnen Distrikten Russlands, wo es eine Höhe bis zu 1 Meter erreicht, nichtz verwechselt m. d. in Deutschland wachsenden Knöterich. Wer daher an *Phthisis*, *Inhalation*-*(Bronchial)*-*Katarrh*, *Lungenödem*, *Husten*, *Heiserkeit*, *Blut*-*husten* etc. leidet, namentl. aber derjenige, welch. d. Keim z. *Lungenkatarrh* verdeckt ist sich vermutet, verlange u. beruhe sich d. Abend dies. Kräuterthee, w. s. o. 1 Packt. à 1 Mark b. Ernest Weidenmann, Liebenburg a. Hanz, erhältlich ist. Brochures m. ärztlichen Ausserungen u. Attesten gratis.

Berantwortlicher Redakteur: August Lüsch. Verleger: Theod. Schwarz. Druck von Friedr. Meyer u. Co., sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 70.

Donnerstag, den 24. März 1898.

5. Jahrgang.

Chronik auf das Jahr 1848.

24. März.

Die Schleswig-Holsteinische Deputation hatte in Kopenhagen unter Feindbegleitung der dänischen Bevölkerung zu leiden. Sie war daher im Begriff, sich unverrichteter Sache zur Rückreise einzuschaffen. Da wurde ihnen auf das Schiff ein Schrein des Königs gebracht. Es waren darin für Holstein alte Wünsche genehmigt. Dagegen wollte der König die „auzertrennliche Verbindung Schleswigs mit Dänemark“ durch eine gemeinsame freie Verfassung bestätigen. Daneben war angedroht, dass Anklamungen mit alter Macht unterdrückt werden würden. Das in Schleswig-Holstein der Aufstand bereits ausgebrochen war in Kopenhagen noch nicht bekannt. Am 24. rückten die aus Kiel mit der Eisenbahn angelangten Truppen in die Festung Amtsburg ein, wo auch die schleswig-holsteinische provisorische Regierung ihren Sitz nahm. Die Bewegung breitete sich mit Altersschule in beiden Herzogthümern aus. Die in Schleswig-Holstein stehenden Truppenheime gingen mit wenigen Ausnahmen zuerst über. Die Behörden erkannten die provisorische deutsche Regierung an, und innerhalb zweier Tage war überall die Trennung von Dänemark ausgesprochen. Die provvisorische Regierung erschien ein Manifest, in dem es heißt, dass „unter Herzog“ (der König von Dänemark) durch die dänische Volksbewegung in einer feindseligen Stellung gegen die Herzogthümer gezwungen worden sei, dass die genannten Thüne die Regierung vorläufig übernommen haben und dass die Regierung zur Aufrechterhaltung der Rechte des Landes gegen dänische Übergriffe nun zur Aufrechterhaltung der Rechte des dänischen Königs auf die Herzogthümer in dessen Namen geschützt werden sollte.

Eine Deputation von Polen aus dem Großherzogthum Polen erscheint in Berlin, um eine nationale Neugründung des Großherzogthums unter dem Schutz des Königs zu erbitten. Die Regierung verspricht, die Wünsche der Polen zu erfüllen und bittet eine Neugründungskommission aus Deutschen und Polen zusammenzusetzen.

Aktien. Von allen Seiten strömten begeisterte Kreisschaaren nach dem Po. Auch in Piemont wuchs diese nationale Bewegung und stiftete den König Karl Albert, der Aufgang zauderte, zum Abschluss. Am 24. überstießen einige Truppenheime aus Piemont die Grenze.

Lübeck und seine Befreiungskriege.

25. März.

In das Handelsregister ist am 21. März 1898 eingetragen: auf Blatt 226 bei der Firma „Vorschuss- und Sparverein in Lübeck“: Dr. Carl Friedrich Lindenbergs ist aus dem Vorstande ausgeschieden; Herrn Clemens Deuster, Kaufmann in Lübeck, ist zum Mitgliede des Vorstandes gewählt.

Gutin. Neben die städtischen Kassen veröffentlichte der „Anzeiger f. d. Fürstenthum Lübeck“ vor einiger Zeit eine interessante Zusammenstellung. Danach hat die Stadtclasse . . . 12 970 Mk. Vermögen und 70 411 Mk. Schulden. Armentasse . . . 2 026 " 6 000 " Schulclasse . . . 3 215 " 6 600 " das Julian-Hospital 3 240 " 2 763 " die Gasanstalt 3 600 " 60 400 " Gemeindekranken- tasse . . . 3 024 " Einnahme 2 810 " Ausgabe Dienstboten- franzeskasse . . . 2 105 " 2 385

Man sieht also, Schulden hat die Stadt wie ein Major. Und trotzdem bringen unsere weisen Stadtväter es fertig, für eine Gebanfeier 500 Mk. für einen „würdigen“ Empfang des Erbgroßherzogs nebst Gemahlin 1000 Mk. und für den Bau der Lütjenburger Bahn sogar 33 000 Mark aus dem allgemeinen Steuersack zu bewilligen.

Der Idiot.

Nach dem Französischen von Wilhelm Thal.

I.

War er's wirklich?

Einige fragten es sich manchmal und meinten, er könnte recht gut arbeiten. Seine Eltern waren nicht ganz arm und dieses Kind war ihnen spät geboren worden. Der Vater konnte kaum sprechen; ein Krampf hatte ihm in frühesten Jugend den Mund zerpalten und den Kiefer halb gelähmt. Er lebte so hin und kannte keine Laune und keinen Zorn, nahm das Gute an und beklagte sich nicht über das Böse, das ihm die Kinder manchmal zufügten.

Man nannte ihn in der Gegend den Einfältigen; doch dieser Name war kein Schutz gegen die Schläge, die man ihm versteckte und die er nie zurückgab, wodurch selbst die Freiglinge ihm gegenüber kühn wurden.

Der Wohnung seiner Eltern gegenüber lebte eine Familie reicher Kaufleute, von denen der Sohn und die Tochter, im Alter von 12 und 10 Jahren, recht verzogene Kinder waren, denn ihre zahllosen Launen wurden stets erfüllt. Das Mädchen, Namens Marguerite, war mit ihren dichten, blonden Locken, die auf die Schultern herabfielen, ihren blauen, lachenden Augen und ihrem kleinen Mündchen, wunderhübsch. Ihr Bruder, der für sein Alter ungewöhnlich groß und stark war, ging mit ihr alle Morgen zum Milchtrinken. Sie gingen dann zu ihrer ehemaligen Amme, die vor der Stadt wohnte und dort eine kleine Molkerei hatte.

Dieser tägliche Spaziergang, der vom Arzt der kleinen Marguerite, die eine sehr zarte Gesundheit besaß, verordnet worden; und da die Mutter spät aufstand, so

speziell bei der Lütjenburger Bahn haben die Herren sich ein glänzendes Zeugnis ihrer Einsicht und Weisheit ausgestellt. Sie haben die Sache im Gange gefaßt. Die Stadt Gutin und der hiesige Großkaufmann Janus haben als Partner das im Fürstenthum liegende, zum Bau der fraglichen Bahn bestimmte Terrain aufgekauft und es dem Staate zum Bahnbau überliefern. Die klugen Stadtväter ließen die preußische Eisenbahnverwaltung aber schon mit dem Bahnbau beginnen, ehe sie noch alle Ansprüche der Grundeigentümer richtig geprüft und sich über die Höhe der an dieselben zu zahlenden Entschädigungssummen klarheit verschafft hatten. Und da stellte sich denn heraus, dass jetzt der Compteur, sowohl die Stadt Gutin als auch der Kaufmann Janus nicht, wie man sich erst vorgestellt, je 12–15 000 Mk. sondern je 33 000 Mk. für den Spaß zu zahlen hatte.

Dabei schwelt noch ein Prezess gegen die treuen Compagnons, der von dem Biegelißschen Abteil aus Mölwich gegen sie angestrengt worden ist, vor dem Oberlandesgericht in Hamburg. Herr Abel forderte 10 000 Mark, erhielt aber nur 5000 Mk. an Entschädigung. Neuerdings ist nun der Werth des von ihm abgetretenen Grund und Bodens von zwei Taxatoren aus der Nähe von Hamburg auf 25–30 000 Mk. geschätzt worden. Man sieht also: es kann noch eine schöne Tasse Thee für die hiesigen Steuerzahler werden. „Hätte aber die Stadtverwaltung das Terrain eher fest aufkaufen und der Bahnverwaltung zur Verfügung stellen müssen, ehe sie über die Höhe der Kosten im Klaren war?“ so darf man doch wohl billigerweise fragen. Und wie kommt die Stadt Gutin überhaupt dazu, sich für die fragliche Bahn zu engagieren, wer in Gutin hat denn Vortheil von der Sache? Darüber besteht am Orte wohl nur eine Meinung und das ist die, dass manche hiesigen kleinen und mittleren Kaufleute, Fuhrleute und sonstige Gewerbetreibende direkt durch den Bahnbau geschädigt worden sind und einzeln und allein der Großkapitalist und Großkaufmann Janus hieselbst Vortheil davon hat, und das vor allem für sein Fremdenhetel „Holsteinische Schweiz“, am Kellervorstadtsee, das jetzt zur Bahnhofstation geworden ist. So sorgt die Stadt indirekt für die Großen und wie denn nun für die Kleinen? Ja nun, die erhalten die Erlaubnis, die Kosten dieser Politik des Großkonzerns zu bezahlen, und wenn sie sich nicht mehr ernähren können, so werden sie in's Armenhaus gestellt und wenn sie noch arbeitsfähig, von hier aus für einen niedrigen Lohn an die geehrte Bürgerschaft zur Arbeit überlassen, sodass die „freien“ Arbeiter, die ihre Familien zu ernähren und Steuern zu zahlen haben, zu Hause sitzen, Hungerpfosten saugen und vergebens in der Stadt nach Arbeit umherlaufen können. Und wenn die Stadt Amtmänner und Posten zu besetzen hat, auf welche auch hiesige Arbeiter reichten, wie macht sie es da? Kein hiesiger Arbeiter braucht lange zu sein, dass man ihn wählt, da holt man sich Leute von außerhalb. Auch bei der letzten Neuflösung der Kieferstraße hat man nichts davon gehört, dass die Herren Stadtväter den betreffenden auswärtigen Unternehmern ersucht hätten, den hiesigen Arbeitern einen höheren Lohn zu zahlen. Aber etwas anderes hat man gehört. Was braucht ein Arbeiter auch einen hohen Lohn zu verdienen, er wird dadurch nur unzufrieden und rebellisch, wenn er später wieder für einen geringeren arbeiten soll. Wir wollen diese kleine Blüthenlese über das Wohlwollen

wurde der Bruder damit betraut, die Schwester zu begleiten.

Wenn die beiden Geschwister fortgingen, schritt der Idiot stets zwanzig Schritte hinter ihnen her. Zuerst achteten sie nicht darauf; dann aber bemerkte Fortune, so hieß Marguerites Bruder, eines Tages den Einfältigen.

Es missfiel ihm, so verfolgt zu werden, und er forderte den armen Jungen auf, zu Hause zu bleiben. Der Idiot zog sich zurück, ohne ein Wort zu sprechen; doch am nächsten Tage fanden ihn Bruder und Schwester auf der Wiese, die sie durchschreiten mussten, um sich nach der Molkerei zu begeben. Fortune wurde ärgerlich und der Einfältige erwiederte schlächtern:

„Ich thue nichts Böses.“

„Das ist wahr“, erwiderte Marguerite, „lass ihn doch!“

Allein der Bruder war damit nicht einverstanden. Er sah in diesem Benehmen des Idioten eine Art Herausforderung und lief ihm nach, während er ihn mit Kieselsteinen wärf. Der Andere zog sich langsam zurück und wandte sich nur von Zeit zu Zeit um, um Marguerite einen seltsamen Blick, eine Mischung von Leid und Freude, zuzuwerfen.

„Genug, genug“, rief die Kleine ihrem Bruder zu, „Du wirfst ihn noch verlegen!“

„Ah bah, er ist ja feige“, schrie Fortune, „denn er rückt ja aus!“

Der Idiot blieb stehen und wandte den beiden Kindern sein Gesicht zu. Ein Stein hatte ihn in's Gesicht getroffen; das Blut floß schnell und reichlich die Wangen herab. So weit hatte Fortune nicht gehen wollen.

Marguerite näherte sich dem Verletzten; er lächelte

unserer öblichen Stadtweisen den Arbeitern gegenüber schließen. Aber so sieht die städtische Fürsorge für die Arbeiter aus. Unsere öblichen Stadtverwaltungen hat eben ein echtes und rechtes Janus-Gesicht, ein Doppelgesicht, die freundliche Seite den „oberen“ und die „freundliche“ Kehrseite den „unteren“ Bevölkerungsklassen zugewandt. Die Arbeiter werden gut thun, sich das zu merken zur Zeit der Wahlen, zu den Reichstags- und Landtags-

sowohl wie auch zu den Gemeinderathswahlen.

? Mölln. Die Großen und die Kleinen. Auch in unseren niedlichen kleinen Städten vollzieht sich allmählich jener wirtschaftliche Aufzwingungsprozess der in Großstädten schon so unheimliche Dimensionen angenommen hat, die Vernichtung der Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern durch große Waarenhäuser. Die Firma Mudoßl Karstadt, die außer in anderen Städten, z. B. auch in Bremen, ein Waarenhaus besitzt hatte vor etwa 2 Jahren auch hier eine Filiale errichtet, zum Schrecken und Ärger der hiesigen Geschäftslute und Handwerker, und verkaufte nicht nur Kleiderstoffe und fertigeszeug, sondern behielt den Betrieb auch nach und nach auf Fußzeug, Hüte und Mützen, Wäsche und Tapiserie, Bettlen und Bettstellen, Nähmaschinen und Fahrräder usw. aus. Jetzt hat dieselbe sogar eine Glas-, Porzellan- und Steinzeugabteilung eingerichtet und verkauft zu Preisen, die unseren ehrfauln Philistern die Haare zu Berge treiben. Besser als alle sozialdemokratischen Reden und Schriften es vermöchten, werden sie durch die nackten Thatsachen belehrt, dass das Sünden des Waarenpreises erbarmungslos dem kleinen Geschäftsmann die Kehle zuschnürt, da der Großunternehmer sich mit kleinen Augen an dem einzelnen Waarenstück begnügen kann, weil er in Folge des Massenmärktes doch einer ungeheuren Nutzen erzielt, während der Handwerker zum Kostzähler der Kapitalisten und Waarenmagazine herabsinkt.

? Mölln. Nationalsoziales. Der zum 13. d. Ms. angekündigte Vortrag des Pfarrers Raumann fiel wegen Erkrankung des Herrn leider aus, und entging uns so das Vergnügen einer näheren Bekanntschaft mit ihm. Nun, aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

? Mölln. Lohhubereitung. Die Arbeit niedergelegt haben am Montag die Forstarbeiter des Möllner Stadtwalds. Die Arbeit, das Auswerfen von Pflanzlöchern für die Baumseelinge, war in Altford gegeben und zwar wurden für je 100 Löcher 1,20 Mk. (in Wörtern: eine Mark und zwanzig Pfennige) bezahlt. Wegen des lehmigen und mit Wurzelwerk durchwachsenen Bodens ist die Arbeit eine sehr mühselige, und die Leute versicherten, sie kämen bei angestrengtem Arbeiten auf etwa 50 Pf. täglich. Ihre Forderung geht nun dahin, die Arbeit im Tagelohn machen zu lassen, und dürfen sie ihr Ziel auch erreichen, da bei solcher Entlohnung keine Streikbrecher zu fürchten sind und die Beförderung nicht aufgeschoben werden darf.

Aus Sach und Fern.

Wieder einmal eine kleine Schuhmannsattade. Vor dem Schöffengericht in Hannover stand am 17. März der Arbeiter Wilh. Wagner unter der Anklage des thätslichen Angriffs auf den Schuhmann Elbe und des Wider-

mit den Augen, denn seine Lippen verschwanden unter einer rothen Fluth.

Der Einfältige machte eine heftige Anstrengung und sagte in ganz deutlichem Tone:

„Geben Sie Acht; ich könnte Ihr Kleid schmutzig machen.“

Ohne recht zu wissen, warum, war die Kleine doch tief gerührt, und sie fragte:

„Du bist verwundet, Tata?“

So wurde das Kind nämlich von seiner Familie genannt.

„Ich weiß nicht“, erwiderte es und verschwand.

Marguerite eilte ihm nach, während das arme Kind eiligst dem Hause seiner Eltern zulief.

Am nächsten Tage wurde die Aufmerksamkeit der Geschwister durch einen Lärm gerade vor der Molkerei erregt, der sie dazu veranlasste, aus dem Stalle herauszutreten.

Drei Jungen, die weit größer waren als er, bedrohten den Idioten, zeigten ihm die Faust und stießen mit den Füßen nach ihm.

Er stand aufgerichtet da, ohne sich zu verteidigen, und sah sie mit blöder Miene an.

„Sie werden ihn zerreißen“, sagte Marguerite.

„Das ist Ihre Sache“, sagte Fortune.

Doch das Ende des Saches blieb ihm in der Kehle stecken, denn ein unerwartetes Schauspiel bot sich seinen Blicken.

Sobald der Einfältige die Geschwister bemerkte, änderte er seine Haltung, stürzte auf seine Angreifer, warf den einen zur Erde, setzte ihm den Fuß aufs Knie um ihn am Aufstehen zu hindern und erwartete in stolzer Haltung den Angriff der Anderen.

Das Kind, das an der Erde lag, bat um Gnade,

standes gegen die Staatsgewalt. Der Angeklagte wohnte früher im „Röschhofe“. Bei einem Patrouillengange des Schuhmanns Elbe durch diese Straße hat die erwachsene Tochter des Wagner vor der Haustür der elterlichen Wohnung gestanden. Schuhmann Elbe hat das Mädchen dann gefragt, ob sie arbeite, oder wovon sie sich ernähre, worauf diese erwiderte, daß sie zur Arbeit gehe. Hierauf hat Elbe entgegnet: „Na, das wird wohl man schwach sein“. Das Mädchen ist hierüber erbost gewesen, hat den Vater gerufen und diesem den Vorfall erzählt. Der Schuhmann ist dann zurückgekommen und soll zu Wagner gesagt haben: „Was wönnen Sie?“, worauf dieser erwiderte: „Ich will nichts, aber ich verbüte mir, daß Sie meine Tochter beleidigen.“ Hierauf habe Elbe entgegnet: „Na, es ist mir ihr ja doch weiter nichts.“ Nach einem Hin- und Herreben soll dann Elbe plötzlich erklärt haben: „Passen Sie mal auf, Sie alter Freund, Sie haben mich beleidigt. Nennen Sie mir Ihren Namen“, wobei Elbe den Wagner aus dem Hause ziehen wollte; jedoch habe seine Frau und die Witwe Arnecke ihn zu rückerissen und die Haustür zugeschlossen. Der Schuhmann Elbe sei dann in's Haus eingedrungen, Wagner habe seinen Namen genannt und den Schuhmann mehrmals zum Verlassen des Hauses aufgefordert. Elbe sei fortgegangen, jedoch nach kurzer Zeit mit dem Schuhmann Wagenführ wiederum in's Haus gekommen. Als Elbe dann nach einigen Auseinandersetzungen wieder fortgegangen, habe er erklärt: „So, nun wird sich die Sache finden; wir sind ja Erogen.“ Plötzlich hat dann die kleinere Tochter Wagners gerufen: „Papa, sie schlagen Mama“, worauf Wagner auf das Geschrei seiner Frau hinausgezogen ist. Als er von der Treppe gerufen: „Was schlagen Sie meine Frau?“ sei Schuhmann Elbe mit gezogenen Degen auf ihn losgekommen, welchen er festgehalten habe. Die Ehefrau Wagner, sowie eine ganze Reihe anderer Zeugen bestätigten den Verlauf der Sache in der dargestellten Weise, während der Schuhmann Elbe den Sachverhalt anders darstellt. So will er z. B. nicht freiwillig in das Wagner'sche Haus gegangen, sondern hineingezogen sein. Er habe dann von Wagner zwei Schläge in's Gesicht erhalten. Elbe will auch die Frau Wagner nicht geschlagen, sondern sie nur in's Haus gebracht haben, weil sie standalitete. Den Degen habe er in der Notwehr gezogen. Diese eidliche Aussage des Schuhmanns steht im Widerspruch mit den übrigen Zeugenaussagen. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragt selbst die kostenlose Freisprechung des Angeklagten, weil Schuhmann Elbe durchaus nicht in bestrickter Ausübung seines Amtes gehandelt habe, denn Elbe habe das unbescholtene Mädchen in einer Weise angeredet, die vollständig unzulässig sei, und es stehe nicht allein dem Vater, sondern jedem Menschen zu, sich solche Attentate zu verbitten. Elbe spreche von einem Menschenauflauf; dieser sei aber nicht durch den Beschuldigten, sondern durch das Verhalten des Schuhmanns herbeigeführt. Rechtsanwalt Bojunga II schließt sich den Ausführungen des Anwalts an und bemerkt noch, daß eine Anzeige gegen den Schuhmann wegen Haufriedensbruchs, Körperverletzung etc. erstattet sei. Das Verfahren sei jedoch eingestellt, weil gerade wie in Köln die Staatsanwaltschaft angenommen habe, daß dem Schuhmann subjektiv das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gefehlt habe, wenn auch objektiv eine strafbare Handlung vorliege. — Das Gericht gelangt zur Freisprechung des Angeklagten, indem es sich den Ansichten des Vertreters der Anklagebehörde anschließt. — Und der Schuhmann?

Ihre eigene Märzfeier beginnen am 18. März die Töchter Gebrüder Günther in Berlin, welche vor 50 Jahren am Revolutionstage unter eigenhümlichen Umständen als Zwillinge geboren wurden. Die Eltern der beiden wohnten damals in der Lindenstraße, und gerade zu der Zeit, als der Straßenkampf entbrannte war, fühlte die Mutter ihre Entbindung herannahen. Der Vater schickte sich daher an, eine Hebammme zu holen, wurde aber beim Durchqueren der Haustür von einer Kugel verletzt getroffen, daß er noch wenigen Minuten verschied. Ein von der Markgrafenstraße her kommender Zimmermann versuchte dem Verletzten zu helfen, doch fand er nur noch eine Leiche vor. Er trug daher den todteten Körper in das Haus hinein und erfuhr gleich darauf, daß die in den Wochen liegende Frau des Erschossenen, welcher die Nachbarn bereits die Unglücksbotschaft hinterbracht hatten, bereits einem Zwillingpaar das Leben gegeben hatte. Der Zimmermann, dem das traurige Schicksal der so plötzlich zur Witwe gewordenen Frau sehr zu Hause ging und der selbst erst vor Kurzem seine und Marguerite traf, ganz bewegt von diesem Kampf, auf den Großartigen zu.

„Genug“, sagte sie, wie am vorigen Tage in demselben Tone der Bitte und des Mitleids.

Der Idiot wischte einige Schritte zurück und sagte ganz deutlich:

„Nicht feig!“

Er lächelte blöde und Bruder und Schwester sahnen schweigend nach Hause zurück.

Fortune dachte, man dürfe sich auf sille Wasser nicht verlassen und Marguerite fragte plötzlich: „Warum hat er sich denn nicht gegen Dich verteidigt, da er ja so stark ist?“

„Jedenfalls flöhne ich ihm Furcht ein!“

Doch die Kleine war davon nicht überzeugt.

(Schluß folgt.)

Gattin verloren halte, nahm sich der Hermann nach Kräften an. Er ließ ihr sogar seine dauernde Hilfe in ihrer schweren Noth angedeihen und fand schließlich so viel Gefallen an der dankbaren Frau, daß er sie heirathete. Er hatte diesen Schritt nicht zu bereuen, denn er lebte mit seiner neuen Gattin in glücklichster Ehe. Erst im vorigen Jahre hat das Ehepaar, welches zuletzt über ein Viertel Jahrhundert lang in der Alexanderstraße 25 wohnte, das Heilige gefeiert. Den Zwillingsschwestern aber, welche beide noch heute leben und sich einer guten Gesundheit erfreuen, wurden von Freunden und Bekannten aus Anlaß ihres fünfzigsten Geburtstages am Freitag viele Aufmerksamkeiten erwiesen.

Ein alter Achtundvierziger ist in der Nähe von St. Louis (Nordamerika) gestorben, Karl von Motteck. Vor kaum drei Monaten am 26. Dezember vorigen Jahres, hatte er seinen 90. Geburtstag gefeiert. Karl v. Motteck war als Sohn des bekannten Geschichtsschreibers, Professors und liberalen böhmisches Politikers in Freiburg i. B. geboren. Seit 1838 war er Advokat in seiner Vatersstadt und als der Sturm des Jahres 1848 losbrach, schloss er sich der republikanischen Partei an. Im September 1848 wurde Motteck wegen Beihilfe an dem Aufstand im badischen Oberlande (bem. sog. Struve-Putsch) verhaftet und er saß in Untersuchungshaft, bis im Mai 1849 die neue Revolution in Baden ihm die Thore des Gefängnisses öffnete. Er nahm an der Offenburger Versammlung Theil und überbrachte als Abgeordneter denselben dem Ministerium die dort beschlossenen Forderungen. Nach Einschaltung der revolutionären Regierung übernahm Motteck die Stadtdirektion in Freiburg. Er wurde als Mitglied des sog. Verfassungskonvents erwählt, der mit Unterstützung der ersten des gesprengten Frankfurter Parlaments in allen deutschen Ländern das Feuer der Revolution neu anzünden und der eingetretener Reaction hold gebieten sollte. Motteck hätte höchst wahrscheinlich das Standrecht-Schicksal der Trikotier, Tiebemann und Genossentheilen müssen, wenn er in Gefangenschaft gerathen wäre. Doch gelang es ihm, nach Frankreich zu entkommen, von wo er nach den Vereinigten Staaten auswanderte, um dort seinen Unterhalt als Farmer, als Kaufmann und als Zeitungsschreiber zu suchen. In den letzten Jahren hat der Greis auf einer Farm bei Woodstock (St. Louis County), einer Besitzung seiner Tochter, der Witwe des verstorbenen früheren Ingenieurs Pfeifer, gelebt.

Einen sozialistischen Regenten hat die kleine Republik San Marino in Mittelitalien erhalten. Wie wir im „Avanti“ lesen, wurde am 14. März unter den hergebrachten mittelalterlich-siechlichen Zeremonien die Wahl der beiden Regenten der Republik für das Halbjahr April bis Oktober vollzogen. Aus der Wahl gingen hervor der Mobile Pietro Filippi und der sozialistische Professor Domenico Tottori. Wenn nun die tausendjährige Republik nicht untergeht...

Die längste Telephonlinie. Vor einigen Jahren wurde in Amerika der sehr bemerkenswerthe Versuch aufgestellt, zwischen Chicago und New York, also über eine Strecke von 1520 Kilometern durch zu sprechen. Der Versuch stellte damals befriedigend aus. Jetzt ist diese längste Fernsprechlinie der Erde wirklich vollendet worden und zwar nach den Angaben von Graham Bell. Man hat zwei Rupferdialekte von je 4 Millimeter Durchmesser verwendet, deren Gewicht für das Kilometer 110 Kilogramm beträgt. Die Linie ist überirdisch an 43 000 zwölf Meter hohen Pfählen hingeführt.

Spanische und Amerikanische

Der Schuh der Arbeiterinnen in Zuckerfabriken ist den profitierigen Zuckerbaronen ein Dorn im Auge, den sie trotz seiner Geringfügigkeit besiegen möchten. Nach den im März 1892 vom Bundesrat getroffenen Bestimmungen sollen Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter keine Rübenwaschen und Rüben schwemmen (in den Boden des Fabrikhofs geworfene Kanäle mit durchströmendem Wasser) bedienen. Worker sollen sie nicht häufig sein im Füllhause, in den Entladungsräumen, in Kristallisierungsräumen, Trockenkammern und Wäscheräumen, sowie anderen Arbeitsstätten, an welchen eine außergewöhnlich hohe Wärme herrscht. Aber der Bundesrat war gleichzeitig den Zuckerindustriellen durch Übergangsbestimmungen entgegengekommen. Während nach § 137 der Gewerbeordnung Arbeiterinnen in Fabriken nicht in der Nachtzeit beschäftigt werden dürfen, war die Bestimmung für Rohzuckerfabriken wie Raffinerien außer Anwendung gesetzt, aber nur bis zum 1. April 1898.

Die Zuckerfabriken sollen also mit dem Ablauf dieses Monats das Ausbeutungsvorrecht verlieren. Da war Holländ in Roth. Und schleunigst kam der Verein der deutschen Zuckerindustrie beim Bundesrat darum ein, die Frist auf vorläufig mindestens fünf Jahre zu verlängern. Und die Herren waren unverstört genug, dem Bundesrat den „Dank der Arbeiter“ in Aussicht zu stellen, wenn er auf dieses ausbeutungswütige Ansinnen eingehen werde. Der Bundesth war so vernünftig, dieses Ansinnen abzulehnen, was die Zuckerönige natürlich bitterlich gekränkt hat.

Schnell rissen sie den Centralverband deutscher Industrieller zu Hülse, der nach der „Post“ geschlossen hat, nun seinerseits eine entsprechende Eingabe beim Bundesrat zu machen. Und wie die Dinge liegen, ist leider zu befürchten, daß vor dieser kapitalgewaltigen

Abverschafft die Regierung einmal wieder die Segel streichen wird.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 13. bis 19. März 1898.

Beburten.

a) Geburten. Namen und Beruf des Vaters.

März 8. Müllergeselle Joseph Fischbacher. Maurer und Bauunternehmer Heinrich Joachim Peter Schwarz. 11. Schuhmacher Johannes Joachim Friedrich Eggert. Schlossergeselle Hermann Friedrich Wilhelm Lindemann. 12. Segelmacher Eduard Ferdinand. Staute Haase. Schuhmann Johann Joachim Fritz Grandow. 13. Tischler Otto Augustin. Handlungsgeschäfte Richard Carl Goetz. 14. Lithograph Adolph Bernhardt Niedel. Telegraphist-Assistent Richard Leopold Carl Engelbrecht. 15. Sergeant Carl Johann Christian Friedrich Ludwig Otto Werkmeister Friedrich Heinrich Christian Blaich. Arbeitssmann Paul Christian Johaus Schlichting. Metallarbeiter Johann Heinrich Wilhelm Vogelsang. 16. Fabrikarbeiter Heinrich Johannes Friedrich Martin Popp. Güterbodenarbeiter Heinrich Wilhelm Hermann Arnold Orbahu. 17. Kunstmärtner Ferdinand Otto Lüke. Kanzlei Paul Eduard Halle. 18. Direktor der Allgemeinen Deut. der Rückversicherungs-Gesellschaft Heinrich Hugo Eduard Gusmann.

b) Geburten. Name und Beruf des Vaters.

März 6. Brotschaffermann Joachim Carl Johann Christian Strud. 8. Arbeitssmann Felix Heinrich Carl Pauls. Registratur Robert Wilhelm Emil Lederer. 10. Arbeitssmann Gustav Peter Friedrich Böttcher. Kaufmann Franz Heinrich Willi Niehauser. Mechaniker Carl Friedrich Wilhelm Stahl. 11. Arbeitssmann Joh. Joachim Peter Schädling. Bäckermannscher Carl Ritter Hettler. 72. Meier Johannes Heinrich Matthias Alsborg. Arbeitssmann Theodor John Emil Otto Böhml. 13. Friedrich Willi Werner. 14. Schlossermutter Wilhelm Karl Ludwig Altröw. Arbeitssmann Friedrich Wilhelm Anton Conrad Hettmann. Arbeitssmann Otto Ohlson. Schlauchmeister Johann Georg Hermann Schmidt. 16. Kunstmärtner Gottlieb Friedrich Wünsch. Schlossergeselle Heinrich Röser. Schmiedegeselle Karl Hermann Brandt. Matrosen Johannes Heinrich Christian Nowedder. Elementarlehrer Heinrich Friedrich Johann Jürgens. 17. Träger Hans Heinrich Johann Joachim. 18. Arbeitssmann Heinrich Adolf Carl Dethow, Brüllingen. Arbeitssmann Friedrich Johann Joachim Parbs.

Sterbefälle.

März 11. Wilhelmine Maria Christine geb. Lüth. Witwe des Fleischhauers Carl Christian Heinrich Friederich Martens, 55 J. 12. Schäfer Joachim Heinrich Antonius Bogel, 87 Jahre. Güterbodenarbeiter Peter Hinrich Dietrich Renzen, 70 J. 13. Gastwirth Ludwig Friederich Wilhelm (auch Eduard Carl Friederich genannt) Heinrich (Henning), 45 J. Heinrich Friederich Wilhelm August Delater, 82 J. Franz Carl Kruse, 10 J. Heinrich Emil Albrecht, 2 M. Johanna Wilhelmine Magdalena geb. Kiel. Ehefrau des verschollenen Schlossers Franz Werner, 52 Jahre. 13. August Christian Adolph Hermann Utermar, 14 Tage. 14. Dienst Caroline Catharina Schwabroh, 4 J. Heinrich Joachim August Weber, 1 J. 9 M. Arbeitssmann Joachim Friedrich Heinrich Georg Preys, 55 J. 15. Ein todgeb. Knabe, B. Buchhalter Johannes Christian Anton Farms. Billy Heinrich Johannes Scheel, 4 M. 12. Elisabeth Dorothy Magdalena geb. Breiden, Witwe des Spiegelmachers Carl Ludwig Albrecht, 80 J. Arbeitssmann Hans Heinrich Friederich Helf, 61 J. Maria Catharina Margarethe geb. Schläger, Chefran des Landbrieträgers Joachim Georg Jacob Jacobus Henning, 77 J. Heinrich Carl Johannes Feul, 1 M. Anna Dorothea Caroline Binder, 27 J. Meta Sophie Auguste Becker, 1 J. 17. Elsa Catharine Sophie Paulisch, 1 J. Johann Joachim Franz Ebers, 7 J. Privatmann Friedrich Adolph Carl Otto Dössel, 70 J. 18. Johanna Charlotte Auguste Pauline Priels, 4 J. Saßzimmermann Johann Friedrich Ludwig Krauel, 68 J. Rechnungsführer Theodor Ernst Gamm, 32 J. Mathilde geb. Müller, Ehefrau des Arbeiters Gustav Esserberger, 41 J. 19. Dorothea Maria Elisabeth geb. Groth, Ehefrau des Bierfährmanns Johann Friedrich Wulf, 66 J.

Angearbeitete Aufgebote.

14. März. Kaufmann Ernst Friedrich Carl Görlens zu Hülse und Friederike Henriette Magdalena Catharine Caroline Haubold. Tabakspfänner Heinrich Fritz Georg August Grings und Anna Henriette Adolphine Elisabeth Bohnhoff. Mäler Wilhelm Siegmund Ernst Grimm und Anna Maria Margaretha Nordhorst. Arbeiter Hans Heinrich Friederich Grot und Maria Margaretha Elisabeth Jessen zu Groß-Umstadt. Arbeiter August Ludwig Friederich Heinrich Fritz Ferdinand Christian Johannis Schmedemann und Meta Frieda Anna Sophia Holznagel zu Hünzenhausen. 15. Tischlergeselle Nicolaus Friedrich Heinrich Kosien und Ida Minna Emilie Wolte. Oberlehrer Dr. phil. Carl Johann Friedrich Ernst und Wilhelmine Helene Catharine Hempel. 16. Bautunternehmer Adolf Carl Christian Stapelmann und Marie Catharine Elise Anna Kraatz zu Kogel. Hilfsweichensteller Johann Joachim Heinrich Moll zu Lützenburg und Emma Maria Elisabeth Puls. Schrifftreiter Heinrich Christian Wilhelm Schumann zu Hannover und Johann Maria Elisabeth Johausen. Schneidergeselle Heinrich Carl Christian Giese und Ida Luise Henriette Christine Maria Böschel oder Bösch. Arbeiter Georg Heinrich Friederich Dehnow und Wilhelmine Charlotte Magdalene Welzen. Bäckermann Heinrich Böttcher und Bertha Maria Elisabeth Krügel. Sergeant Otto Emil Theodor Grams und Bertha Maria Elise Ida Wilhelmine Böttcher zu Schwerin. 17. Hülfsschäfer Franz Karl Schlesinger zu Oldesloe und Hermine Emilie Wilhelmine Heid. Arbeiter Friedrich August Lenchner und Margaretha Lehmann zu Bockelrehm. 18. Böttchergeselle Hermann Johann Wilhelm Höwoold und Elisabeth geb. Lenzinski, des Arbeiters Friedrich August Hermann Baumgart Wwe. Bahnvorarbeiter Johann Joachim Friedrich Sölter und Dorothee Magarin. Arbeiter Franz Reinmann und Amalie Weise. Arbeiter Carl Friedrich Wilhelm Detmann und Anna Maria Elisabeth Löhn. Lokomotivführer Julius Heinrich Wilhelm Denker und Louise Marie Sophie Dötscher. Tischler Friedrich Carl Wilhelm Richter zu Boizenburg a. Elbe und Frieda Dora Georgine Caroline Kummerfeld. Arbeiter Hans Heinrich Christian Rohwer und Dorothea Catharina Schlichting zu Mori. 19. Landmann Hans Heinrich Sparr zu Stedeldorf und Lisette Maria Frieda Sibylle Krausmann Adolf Johann Heinrich Steffen und Friederike Elisabeth Iden zu Ahrensburg. Schraubenmeister Joachim Andreas Christian Diefel und Wilhelmine Catharine Maria Betty gen. Hansen. Schäufelwirth Johann August Franz Wulf und Catharina Maria Elisabeth geb. Böttcher, des Schäufelwirthes Johann Jochen Heinrich Meyer Wittw. Mäler Friedrich Hermann Christian Kloß und Sophie Therese Dorothea Klost. Schlauchergeselle Martin Johann Carl Schmidt und Ida Christina Dorothea Stegemann.

Geschlechungen.

März. 15. Schuhmann Carl Friedrich Ferdinand Niemer und Marie Elise Christine Henning zu Fockenburg. 16. Praktischer Arzt der Hanseatischen Heilstätte Dr. med. Alphons Philipp Maria Ott zu Oderberg a. Harz und Emma Johanna Küstermann. 17. Stellmachergeselle Johann Wagner und Catharina Catharine Elisabeth Grübe. 18. Schlossergeselle Friedrich Wilhelm Emil Heinrich Gasdorf und Dorette Louise Anna Marie Voigt. Arbeiter Johann Carl Heinrich Wendland und Agnes Dorothea Helene Burmeister. Arbeiter Wilhelm Theodor Heinrich Christoph Kempau und Elise Christine Charlotte Wulf. Handelsmann Matthias Joachim Heinrich Just und Catharina Maria Dorothea Möller.